

Evangelische Verantwortung

„In Verantwortung für die Menschen die Einheit gestalten – Zur Situation in den neuen Ländern“

Werner Münch

Im September dieses Jahres wird die Jahrestagung des Evangelischen Arbeitskreises in Wittenberg in Sachsen-Anhalt stattfinden. Schon jetzt heiße ich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer sehr herzlich bei uns willkommen. Es ist nicht übertrieben, wenn ich sage: Sachsen-Anhalt ist das Kernland der deutschen Reformation. In Eisleben wurde Martin Luther geboren, in Wittenberg hat er gewirkt. Hier nahm im Jahre 1517 mit dem berühmten Thesenanschlag die Reformation ihren Anfang.

Unser Land hat noch viel mehr zu bieten. So kurz die gemeinsame Landesgeschichte der verschiedenen Gebiete des heutigen Landes Sachsen-Anhalt ist (das Land bestand zuvor lediglich in den fünf Jahren zwischen 1947 und 1952), so vielfältig sind seine Landschaften und so reich ist es an Stätten deutscher Kultur und Geschichte.

Bei uns stehen herrliche romanische Kirchen und gewaltige gotische Dome. Berühmte Künstler wie Bach, Händel und Telemann wurden bei uns geboren oder wirkten lange Zeit hier. Zwischen Jerichow und Sandau war der „Deichhauptmann“ Otto von Bismarck für die Sicherung des rechten Elbufers zuständig. Das Bauhaus in Dessau beeinflusste



Prof. Dr. Werner Münch, Ministerpräsident: Die enormen Aufgaben fordern uns gerade als Christen heraus.

in unserem Jahrhundert nachhaltig die moderne Architektur und Formgestaltung. Viele weitere Beispiele könnte ich nennen.

Geschichte und Tradition sind für das Selbstverständnis eines Landes und seiner Menschen sehr wichtig. Dennoch: Die Menschen in Sachsen-Anhalt sind zur Zeit weniger mit der Vergangenheit als vielmehr mit den Aufgaben und Problemen der Gegenwart beschäftigt. Auf die Euphorie von „Wende“ und Einheit sind auch hier die vielfältigen „Mühen der Ebene“ gefolgt. Das muß auch niemanden verwundern. Die persönlichen Belastungen, die den Bürgerinnen und Bürgern in den neuen Ländern gegenwärtig auferlegt werden, sind außerordentlich hoch. Im Westen wird das leider noch zu wenig gesehen. Bei aller Verzagttheit, die umgeht, muß man doch sagen: Alles in allem sind der Mut, die Geduld und die Leistungskraft der Menschen nur zu bewundern.

Aufgaben und Probleme der Gegenwart

Drei Problemkreise, die die Menschen in Sachsen-Anhalt wie allgemein in den neuen Ländern zur Zeit besonders stark beschäftigen, möchte ich hervorheben:

- die wirtschaftliche Situation und daraus resultierend die Situation auf dem Arbeitsmarkt,
- die Aufarbeitung bzw. der Umgang mit der DDR-Geschichte,
- die Suche nach Platz und Identität im geeinten Deutschland.

Natürlich sind es die Schwierigkeiten des wirtschaftlichen Umbaus, die die Menschen gegenwärtig am unmittelbarsten betreffen. Man darf nicht vergessen: Zu Beginn unseres Jahrhunderts wurde in Mitteldeutschland, in dem Gebiet zwischen Ostharz und Lausitz, zwischen Magdeburger Börde und Thüringer Wald, zu dem auch der größte Teil Sachsen-Anhalts gehört, der höchste Anteil am Nationaleinkommen in Deutschland erwirtschaftet.

Davon sind wir zur Zeit meilenweit entfernt. Die **Folgen sozialistischer Mißwirtschaft wirken noch überall nach**: Produktion ausschließlich nach Planvorgabe anstatt gemäß den Erfordernissen des Marktes, unproduktive und umweltschädigende Industrieanlagen, riesige Kombinate und das fast vollständige Fehlen des Mittelstandes oder die einseitige Abhängigkeit vieler Unternehmen vom RGW-Handel, das alles sind Folgelasten, mit denen wir heute zu kämpfen haben.

Die Umstellung auf marktwirtschaftliche Bedingungen ist schwierig. Sie läßt sich in bestimmten Bereichen ohne die Stilllegung von Produktionsanlagen und den Abbau unproduktiver Arbeitsplätze nicht bewältigen. Dies wird im Grundsatz von den Menschen in den neuen Ländern auch akzeptiert. Sie wissen ja selbst, wie es in ihren Unternehmen aussieht und daß man so wie bisher nicht mehr weitermachen kann. Enttäuschung herrscht jedoch darüber, daß sich der wirtschaftliche Umbau nicht schneller vollzieht, daß vor allem nicht schneller neue Arbeitsplätze entstehen. Hier fehlt es natürlich an der notwendigen Vertrautheit mit den Abläufen innerhalb einer freien Wirtschaft.

Insbesondere fällt vielen Menschen die Einsicht schwer, daß nicht weiterhin der Staat alles für sie richten kann. Prägungen aus der Vergangenheit wirken nach. Man sollte aber auch nicht übersehen, daß zu Beginn des Einigungsprozesses manche Hoffnungen geweckt wurden, die bei nüchterner Betrachtung so bzw. so bald nicht zu verwirklichen sind.

Entscheidend ist jetzt, daß wir die **Menschen mit ihren Schwierigkeiten**, für die sie selbst ja nichts können, **nicht alleine lassen**. Eine aktive Arbeitsplatzpolitik ist auch aus sozialpolitischen und sozialpsychologischen Gründen ganz wichtig. Sachsen-Anhalt gibt dafür im laufenden Jahr weit über 700 Mio DM aus. Was die Relation zwischen Arbeitslosenzahlen und AB-Maßnahmen betrifft, so liegt unser Land gegenwärtig an erster Stelle. Für Überlegungen zur Kürzung der Mittel der Bundesanstalt für Arbeit hätte in Sachsen-Anhalt kein Mensch Verständnis. Man ist bereit, Lasten zu tragen, aber die Schwächsten der Schwachen, die Arbeitslosen in Ostdeutschland, darf es nicht noch schlimmer treffen.

Die Schwierigkeiten, mit denen wir zu kämpfen haben, sind groß. Das muß man ungeschminkt sagen. Eines sollten wir aber gewiß nicht tun: Wir sollten nicht der Versuchung erliegen, vor auftretenden Schwierigkeiten zu kapitulieren. Für Weltuntergangsstimmung ist wahrlich kein Anlaß. Was sollten denn da die Polen, die Tschechen oder die Bulgaren sagen, denen es nun wirklich schlechter geht als uns?

Und man muß auch das bereits Erreichte sehen. Ich nehme ein Beispiel: Sachsen-Anhalt wird als Chemiestandort eine Zukunft haben. Angesichts der bestehenden Problemlage und angesichts des schlechten Images, das die Region um Halle, Merseburg und Bitterfeld im Süden unseres Landes hat, war dies so selbstverständlich nicht. Jetzt werden hier in den nächsten Jahren Milliarden-Investitionen getätigt. Mit einer Investitionssumme von mehr als 5 Mrd. DM wird auf dem Leuna-Gelände die größte deutsch-französische Gemeinschaftsinvestition nach 1945 zustandekommen.

Ganz wichtig für die Zukunft der Region ist auch die Entscheidung der Föderalismuskommission, das Bundesumweltamt von Berlin nach Sachsen-Anhalt zu verlegen. Schließlich wollen wir in dieser Region in den nächsten Jahren Modellprojekte im Bereich Umwelttechnologie und -sanie- rung realisieren, die in allen Teilen Europas und darüber hinaus Interesse finden werden.

Umgang mit der DDR-Vergangenheit

Getan wird also eine ganze Menge. Das ändert nichts an unserem Wunsch, es möge vieles schneller und vor allem für die Menschen erträglicher vonstatten gehen. Nur die **Geduld** dürfen wir darüber **nicht verlieren**. In schwieriger Zeit kommt es außerdem in hohem Maße auf psychologische Signale, auf Verständnis und Fingerspitzengefühl und auf die Fähigkeit zur Solidarität an. Wer, wenn nicht wir Christen, sollte dazu in der Lage sein? Die deutsche Einheit ist eben auch eine moralische Herausforderung für jeden einzelnen. In den Schwierigkeiten des Umbruchs bewahrheitet sich das alte Wort aus der Bergpredigt: Der Mensch lebt wirklich nicht vom Brot allein.

Sehr viel Einfühlungsvermögen ist gefragt beim Umgang mit der DDR-Vergangenheit. Mit dem bisher Er-

reichten können und dürfen wir uns keinesfalls zufrieden geben. Aus der Sicht der Menschen in den neuen Ländern formuliert, ließe sich der bisherige Stand auf zwei pointierte Aussagen verknappen: „Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen“, und: „Die im Westen richten über uns“. Natürlich ist das so nicht richtig. Aber warum wird es so empfunden?

Zunächst einmal bleibt festzuhalten: die Menschen in der ehemaligen DDR haben nach fast 60 Jahren der Erfahrung mit diktatorischen Regimen **sehr hohe Erwartungen an das bundesdeutsche Rechtssystem geknüpft**. Sie mußten in der DDR erleben, daß Recht gebeugt wurde, daß ihnen selbst die nach der Verfassung der DDR zustehenden Grundrechte nicht zugebilligt wurden.

Eine zentrale Hoffnung, die sie mit der deutschen Einheit verbanden, war die **Hoffnung auf Gerechtigkeit in einem sehr umfassenden Sinne**. Es ging ihnen nicht nur um die Gewährleistung persönliche Rechte und Freiheiten, Gerechtigkeit wurde nicht zuletzt auch verstanden im Sinne eines raschen Zur-Rechenschaft-Ziehens derjenigen, die in der ehemaligen DDR für das Unrecht verantwortlich waren. Außerdem erwarteten viele die schnelle und „gerechte“ Wiedergutmachung aller seit Jahrzehnten verübten Unrechtstaten.

In der Begegnung mit bundesdeutscher Rechts- und Verfassungswirklichkeit erweisen sich solche Hoffnungen zweifellos als überhöht. Ihre Wirkungen müssen gleichwohl sehr ernst genommen werden. Die Bürgerre- lerin **Bärbel Bohley** hat einen Satz geprägt, der mich persönlich alarmiert hat: „**Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat**.“ Hier wird ganz klar: Wir müssen Überzeugungsarbeit für den Rechtsstaat leisten, der doch das Fundament unserer Freiheit ist. Wir müssen erklären, daß und warum der Rechtsstaat an Gesetze gebunden ist und weshalb er keine „kurzen Prozesse“ erlaubt. Diese Aufgabe gilt für alle Demokraten. Schließlich geht es um den Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur.

Vor einigen Monaten stellte eine Karikatur in der „Magdeburger Volksstimme“ die folgende Szene dar: In seiner Gefängniszelle sitzt ein verurteilter Mauerschütze vor dem Fernsehgerät. Er verfolgt eine Talk-Show, in der soeben ein hoher Stasi-General als Gast begrüßt wird. In karikiertem Form wird hier ein Stück davon deutlich, wie

Neubundesbürger gegenwärtig den Rechtsstaat empfinden. Deshalb weise ich nachhaltig darauf hin: Der derzeit erreichte Stand der Bewältigung unserer Vergangenheit auf strafrechtlichem Gebiet kann nicht der Endpunkt sein. Wer die Bestrafung von Honecker und Mielke auf die leichte Schulter nimmt, wer sie sogar als billige Befriedigung von Rachegefühlen abtut, der hat von den Empfindungen der Bürgerinnen und Bürger in den neuen Ländern wenig begriffen.

Westdeutsche sollten es sich nicht anmaßen, Richter über ihre Landsleute in den neuen Bundesländern spielen zu wollen. Vorurteile, Schuldzuweisungen oder unüberlegt vorgebrachte Verallgemeinerungen haben dort ohnehin bereits bei vielen den Eindruck erweckt, der Westen wolle die DDR „plattmachen“, was in DDR-Zeiten entstanden sei. Ohne Frage: auch dieser Eindruck ist überzogen. Aber manches Auftreten westdeutscher Unternehmer, Beamten oder Politiker hätte ich mir schon anders gewünscht. Menschen, die unsicher sind und viel verkraften müssen, reagieren sensibel und gereizt. Aus still ertragener Demütigung kann auch einmal Solidarisierung und Gewalt werden. Es gibt gefährliche Populisten, die an latent vorhandene DDR-Nostalgie oder an Ressentiments zwischen Ost und West nicht ohne Geschick anzuknüpfen versuchen. Pauschale Angriffe verleiten dazu, daß man sich sogar mit den Tätern von gestern wieder zu solidarisieren beginnt.

Im Umgang mit unserer jüngsten Generation wäre grundsätzlich weniger Emotionalität als vielmehr Sachlichkeit und Aufrichtigkeit zu wünschen. Totschweigen dürfen wir die Vergangenheit auf keinen Fall. Unrecht muß bestraft werden. Nur die Wahrheit macht frei, wie Bischof Binder in Anlehnung an das Bibelwort mit Recht bemerkt hat. Erst wenn wir die Schatten der Vergangenheit loswerden, sind wir frei genug, um die Zukunft zu gestalten.

40 Jahre DDR-Geschichte müssen außerdem sehr viel mehr als bisher als gemeinsame Geschichte aller Deutschen begriffen werden. Auch im Westen holt die Vergangenheit ja zur Zeit manche Heroen der Entspannungspolitik ein.

Gemeinsamkeit ist auch insgesamt zur Erreichung innerer Einheit für unser Land unverzichtbar. Die deutsche Einheit hat für die Menschen in der

ehemaligen DDR ungeheuere Veränderungen mit sich gebracht: neben der Gewinnung von lange entbehrten Grundrechten und Freiheiten auch eine ganze Reihe von neuen Anforderungen und Herausforderungen. Viele mußten sich beruflich neu orientieren, dazulernen, Verhaltensweisen verändern. Die Mehrzahl stellt sich diesen Herausforderungen, auch wenn viele noch auf dem Weg sind, um ihren Platz im geeinten Deutschland zu finden.

Gesprächsbereit sein

In den alten Ländern dagegen ist neben aller Bereitschaft zur Hilfe doch auch viel Bequemlichkeit und innere



Unbeweglichkeit festzustellen. Das Bemühen, eingefahrene Verhaltensweisen und althergebrachtes Denken zu ändern, ist relativ gering. Viele im Osten bringen hohe Fähigkeiten und sehr viel Motivation für die Aufbauarbeit mit. Sie sind enttäuscht, wenn sie den Eindruck gewinnen, im Westen sei man an dem, was sie in das vereinigte Deutschland einzubringen haben, wenig interessiert. Das böse Wort vom „Besserwessi“, das „Wort des Jahres 1991“, ist ja gerade durch diesen Eindruck aufgekommen, als habe man in den alten Ländern stets bessere Lösungen, Erfahrungen und Konzepte parat. So darf es nicht bleiben. Wir brauchen das intensive Gespräch miteinander.

Beide Seiten müssen bereit sein, bisher Gewohntes kritisch zu hinterfragen und auch nach neuen Wegen zu suchen. Aufeinander zugehen, dazulernen, miteinander Verantwortung tragen – sind das nicht alles Dinge, die uns als Christen vertraut erscheinen müßten? Solche Fähigkeiten entnehmten wir – davon bin ich fest überzeugt – nicht alleine aus uns selbst. Christliche Werte und Überzeugungen sollten Grundlage für unser Handeln sein,

Leben ist es, das uns erst zum Wirken für andere, für Staat und Gesellschaft fähig macht.

Zu dieser Grundhaltung sollten sich Christen offen bekennen. In Sachsen-Anhalt befinden wir uns gegenwärtig in den abschließenden Beratungen für unsere Landesverfassung. Um die Frage, ob in der Präambel auf die Verantwortung vor Gott Bezug genommen werden sollte, ist eine Diskussion entstanden. Nicht zuletzt Stimmen aus den Kirchen haben darauf hingewiesen, daß die Mehrheit unserer Bevölkerung mit einem solchen Bezug auf Gott wohl nicht mehr viel anzufangen wisse.

Nach neuen Wegen suchen

Aber sollen wir deshalb wirklich darauf verzichten? Die Landesregierung hat sich in ihrer Stellungnahme zum Verfassungsentwurf für eine Beibehaltung dieser Formulierung ausgesprochen. Ich habe diese Haltung aus sehr persönlicher Überzeugung heraus mitgetragen und offensiv vertreten. Die Betonung der Verantwortung vor Gott soll nach meiner Ansicht zum Ausdruck bringen, daß die Verfassung nicht alleine auf einer wertfreien Staats- und Volkssouveränität beruht, sondern an eine vorgegebene, auch einer Mehrheitsentscheidung letztlich entzogene Wertordnung gebunden ist.

Für mich ist in diesem Zusammenhang das Menschenbild, von dem wir ausgehen, von großer Bedeutung. Das Menschenbild, das unserem Grundgesetz und auch der zukünftigen Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt von ihren Grundsätzen her zugrunde liegt, ist ein christlich-abendländisches. Dieses Menschenbild weiß um die Würde des Menschen, die durch das Wirken des Staates nicht verletzt werden darf. Es weiß aber auch um die Begrenztheit des Menschen, der im letzten nicht das Maß aller Dinge sein kann.

Die enormen Aufgaben in den neuen Ländern fordern uns gerade als Christen heraus. In Verantwortung für die Menschen wollen wir unser Land aufbauen und die Einheit gestalten. Manchmal sind es nur kleine Schritte, doch Stück um Stück kommen wir in Sachsen-Anhalt voran.

Anm.: Prof. Dr. Werner Münch ist Ministerpräsident in Sachsen-Anhalt und CDU-Landesvorsitzender.

Herausforderungen für die Sicherheit Europas

Ingrid Roitzsch

In den vergangenen Jahren hat ein politisches Erdbeben die Sicherheitslandschaft Europas grundlegend verändert. Mit dem Scheitern des Kommunismus konnte die Teilung Europas und Deutschlands überwunden werden, die eindimensionale Bedrohung der militärisch geprägten Ost-West-Konfrontation ist Vergangenheit.

Dennoch ist Europa keine Insel des Friedens geworden. Territoriale Streitigkeiten, nationale Rivaltäten und kulturelle Spannungen, die jahrzehntelang unter der Betondecke der kommunistischen Diktatur begraben waren, entladen sich nun in zum Teil blutigen Konflikten.

Die Sicherheit Europas ist aber nicht nur auf Stabilität und Frieden auf unserem Kontinent beschränkt. Für die Sicherheit Europas Vorsorge zu treffen, erfordert auch, Krisen und Spannungen in anderen Regionen der Welt entgegenzuwirken. Das gebietet nicht nur militärische Sicherheitsvorsorge. Dazu müssen wir alle Mittel einsetzen, die uns politisch und wirtschaftlich zur Verfügung stehen.

Bewegte Übergangszeit

Europa geht gegenwärtig durch eine bewegte Übergangszeit, in der die politische Landkarte unseres Kontinents neu gezeichnet wird. Wir leben in einer Zeit des Wandels, der uns einmalige Chancen bietet, eine tragfähige Sicherheits- und Friedensordnung aufzubauen.

Diesen Wandel müssen wir aktiv gestalten. Dabei können wir aber auch Fehler machen. Keiner von uns kann für sich in Anspruch nehmen, ein klares Bild des künftigen Europas zu haben. Im gegenwärtigen Entwicklungsprozeß bleibt die Ungewißheit ein ständiger Begleiter. Nur wenige Institutionen bieten eine verlässliche Orientierung für die Gestaltung einer europäischen Friedensordnung.

Wenn es gegenwärtig so etwas wie ein magisches Dreieck der zukünftigen europäischen Sicherheitsarchitektur gibt, dann wird es durch die drei Eckpunkte NATO, WEU und KSZE gekennzeichnet. Die Handlungsfähigkeit dieser drei Institutionen, aber auch ihre Beziehungen untereinander, werden für den Fortgang der europäischen Entwicklung von ausschlaggebender



Ingrid Roitzsch, MdB: Handlungsfeld unserer Sicherheitspolitik bleibt Europa.

Bedeutung sein. In ihrem Verhältnis zueinander sind allerdings noch viele Fragen ungelöst.

Für uns besteht kein Zweifel, daß die Atlantische Allianz auch in Zukunft das Fundament unserer Sicherheit bleibt. Sie ist in ihrer transatlantischen Verklammerung mit den Staaten Nordamerikas der entscheidende Sicherheitsanker für die Stabilität in Europa. Dies sehen auch die Staaten Osteuropas so.

Für diese Sicherheitsfunktion des Bündnisses ist die Präsenz amerikanischer Truppen auf unserem Kontinent unverzichtbar. Die Vereinigten Staaten sind eine atlantische und eine europäische Macht; sie sind nicht mehr wegzudenkender Bestandteil der europäischen Sicherheitskultur geworden.

Die Stabilität Europas hängt an der Stabilität der Atlantischen Allianz. Daraus folgt, daß die Allianz nicht überdehnt werden darf, indem zum Beispiel durch weitgehende Sicherheitsgarantien für die Staaten Osteuropas ein Konfliktpotential in das Bündnis geholt wird, das nicht zu beherr-

schen ist. Von daher verbietet sich in absehbarer Zeit eine Erweiterung der Zahl ihrer Mitglieder.

Mit dem europäischen Wandel hat die Allianz zugleich ihre politische Funktion verstärkt. Besonders auf dem Forum des nordatlantischen Kooperationsrates gewinnt die politische Zusammenarbeit mit den östlichen Partnern zunehmend Gestalt. Damit wird umgesetzt, was die NATO-Außenminister auf ihrer Kopenhagener Tagung im vergangenen Jahr auf die Formel gebracht haben: „Unsere Sicherheit ist unteilbar von der aller anderen europäischen Staaten“.

Auf den Tagungen der Verteidigungsminister in Brüssel und der Außenminister in Oslo hat das Bündnis seine grundsätzliche Bereitschaft signalisiert, der KSZE im Einzelfall seine Ressourcen für friedenserhaltende Maßnahmen zur Verfügung zu stellen. Dabei gilt aber auch: Die Hauptaufgabe der NATO, nämlich der Schutz der Bündnisstaaten und die Wahrung ihrer Integrität und Sicherheit darf dadurch nicht beeinträchtigt werden.

Der blutige Konflikt im zerfallenen Jugoslawien hat deutlich werden lassen, daß auf dem europäischen Kontinent Konflikte möglich sind, in die die NATO nicht eingreifen kann oder will. Wir Europäer dürfen aber nicht handlungsunfähig sein, wenn unsere ureigensten Sicherheitsinteressen berührt werden.

Stärkung der gemeinsamen Sicherheitsidentität

Die Entscheidung des europäischen Rates von Maastricht, zur Stärkung der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungsidentität die WEU zu nutzen, ist deshalb von strategischer Bedeutung.

Unter der Perspektive einer europäischen Union wollen wir mit der WEU ein Instrument der Wahrung europäischer Sicherheitsinteressen schaffen. Sie soll in der Lage sein, „verteidigungspolitische Entscheidungen vorzubereiten und durchzuführen“.

Wir haben inzwischen mit konkreten Vorbereitungen für eine operationelle Rolle der WEU begonnen. Künftig werden die Generalstabschefs der Mitgliedsstaaten hierzu zu regelmäßigen Beratungen zusammenkommen.

Unsere deutsch-französische Zusammenarbeit will auch auf diesem Gebiet Motor der Entwicklung sein. Auf dem deutsch-französischen Gipfel in La Rochelle haben Präsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl die Aufstellung des sogenannten **Euro-Korps** beschlossen. Im nächsten Monat wird der Aufstellungsstab seine Arbeit aufnehmen, bis 1995 soll dieser Verband einsatzbereit sein.

In der Perspektive der Europäischen Union soll dieses Korps unter Wahrung der verfassungsrechtlichen Grenzen sowie der Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen drei Aufträge erfüllen können:

- Den Einsatz im Rahmen der gemeinsamen Verteidigung der Verbündeten entsprechend des Artikels V des Washingtoner Vertrages oder entsprechend dem Brüsseler Vertrag;
- den Einsatz zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Friedens;
- den Einsatz zu humanitärer Hilfeleistung.

Die Entscheidung über einen Einsatz bleibt den jeweiligen Regierungen vorbehalten.

Aufbau europäischer Sicherheitsstrukturen

Die WEU als Bindeglied zwischen NATO und der sich entwickelnden Europäischen Union ist das politische Dach des Euro-Korps. Das Euro-Korps ist nur ein militärischer Beitrag zur WEU.

Ich hoffe und bin zuversichtlich, daß sich schon bald weitere Staaten am Euro-Korps beteiligen werden. Was wir als gemeinsame deutsch-französische Initiative begonnen haben, wollen wir als gemeinsames europäisches Vorhaben ins Werk setzen.

Der Aufbau europäischer Sicherheitsstrukturen muß sich aber unbedingt im Einklang mit der Allianz vollziehen. Entscheidend ist, daß wir die Schritte zur Stärkung des europäischen Pfeilers in der Allianz im Einvernehmen mit den Vereinigten Staaten gehen. Auch die Vereinigten Staaten haben ein strategisches Interesse daran, daß die Europäer mehr Verantwortung für ihre Sicherheit übernehmen.

Die Ausgestaltung europäischer Sicherheitsstrukturen muß ergänzend zum Bündnis erfolgen und für unsere Bündnispartner transparent sein. Wir dürfen keine falschen Signale nach

Nordamerika senden, die Zweifel an unserer Verlässlichkeit wecken könnten. Die USA und Kanada bleiben unverzichtbare Stabilitätspartner und Garanten einer friedlichen Entwicklung Europas.

Ich lege Wert auf die Feststellung, daß die für das Euro-Korps bestimmten deutschen Kräfte nicht aus ihrer NATO-Assignierung herausgelöst werden. Sie erhalten eine zusätzliche Aufgabe, bleiben aber für die NATO voll verfügbar. Wir haben in La Rochelle gemeinsam klargestellt, daß die nationalen Beiträge zum Euro-Korps die bestehenden Verpflichtungen gegenüber anderen Organisationen nicht berühren.

Die Priorität der Aufgaben des Euro-Korps liegt bei einem gemeinsamen Einsatz im Rahmen der NATO entsprechend Artikel V des Washingtoner Vertrages. Das europäische Korps kann wie andere nationale und multinationale Kräfte sowohl im Rahmen der WEU als auch als besonderer europäischer Beitrag im Rahmen der NATO eingesetzt werden. Frankreich stellt dabei seine dem Korps angehörenden Truppen je nach Lage den Krisenreaktions- oder den Hauptverteidigungskräften der NATO zur Verfügung. Dies ist ein Fortschritt.

Deutschland hat dem Auftrag des Euro-Korps nur unter dem Vorbehalt der Beachtung seiner gegenwärtigen verfassungsrechtlichen Situation zustimmen können. Das vereinte und souveräne Deutschland will außen- und sicherheitspolitisch keine Sonderrolle für sich in Anspruch nehmen. Wir wollen alle unsere Rechte und Pflichten bei der Wahrung und Wiederherstellung des Friedens und der internationalen Sicherheit wahrnehmen können.

Internationale Verantwortung

Vor dem Hintergrund der letzten 40 Jahre unserer Geschichte kann dies jedoch nicht über Nacht geschehen. Das Hineinwachsen in eine größere internationale Verantwortung muß ein organischer Prozeß sein, der seine Zeit braucht.

Wir müssen dafür in der Bevölkerung Verständnis wachsen lassen. Auch muß die Bundeswehr in Ausbildung, Ausrüstung und Versorgung erst einmal in die Lage versetzt werden, Aufgaben erfüllen zu können, die über Jahrzehnte nicht zu ihrem Auftrag gehörten.

Mit dem Einsatz von 140 Sanitätssoldaten der Bundeswehr in Kambodscha hat Deutschland einen ersten konkreten Schritt unternommen, größere internationale Verantwortung zu übernehmen. Wir stellen damit die medizinische Betreuung der 22.000 militärischen und zivilen Angehörigen der UNTAC-Mission der Vereinten Nationen sicher. Die UNTAC soll in Kambodscha nicht nur den Waffenstillstand garantieren. Sie übernimmt bis zur Abhaltung freier Wahlen praktisch die Regierung; sie muß diese Wahlen vorbereiten und nicht zuletzt fast 400.000 Flüchtlinge repatriieren. Das ist eine riesige Aufgabe.

Erfolg oder Mißerfolg dieser Operation werden Signalwirkung für die künftige politische Bedeutung der UNO haben. Deshalb ist es von großer psychologischer Bedeutung, daß Deutschland sich hier engagiert hat. Dies wird auch von unseren Verbündeten und unseren Partnern in dieser Operation so verstanden.

Ziele der Europäischen Integration verdeutlichen

Wir wissen aber auch, daß die internationale Staatengemeinschaft von uns in Zukunft über humanitäre Einsätze hinaus eine Beteiligung an friedenserhaltenden Maßnahmen der Vereinten Nationen, sogenannten Blauhelmoperationen, erwartet. Solchen Erwartungen wollen wir uns nicht entziehen.

Ich sehe hierzu einen breiten öffentlichen und politischen Konsens in Deutschland. Wir werden uns deshalb bemühen, noch in diesem Jahr die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß deutsche Soldaten sich an Blauhelmoperationen der Vereinten Nationen beteiligen können, wenn wir dazu aufgefordert werden.

Das vorrangige Handlungsfeld unserer Sicherheitspolitik aber bleibt Europa. Für den Aufbau einer europäischen Friedensordnung nach den Prinzipien der Charta von Paris sehen wir in der KSZE mit ihrem weiten Teilnehmerkreis den geeigneten Rahmen, den es jetzt aktiv auszuformen gilt...

Der europäische Motor läuft auf Hochtouren. Leider muß man sagen: Er läuft gegenwärtig aber nicht rund.

Das Ergebnis des dänischen Referendums zu den Beschlüssen von Maastricht ist ein schwerer Rückschlag für

die europäische Entwicklung. Es zeigt, wie wichtig es ist, den Bürger Sinn und Ziel der politischen Integration Europas zu erklären. Zu lange hat sich diese Diskussion nur auf die Zirkel der Fachleute beschränkt. Europa ist aber ohne die Zustimmung seiner Bürger nicht zu verwirklichen.

Auch die Entwicklung einer europäischen Verteidigungsidentität, auch ein europäisches Korps braucht diese Zustimmung. Nur was wir überzeugend erklären und begründen können, gewinnt dauerhaft die notwendige öffentliche Unterstützung.

Die Europäische Union und die Sicherheitsarchitektur in Europa

Hans-Gert Pöttering

Unser alter Kontinent nimmt eine neue Gestalt an. Für viele Menschen ist das Undenkbare Wirklichkeit geworden: Unsere christlich-demokratische Vision, das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen und aller Europäer, ist in Erfüllung gegangen.

Das Europa des Jahres 1992 befindet sich in einer Zwischenphase, in der die Europäische Gemeinschaft, die in sich eine Friedensgemeinschaft ist, immer mehr an Bedeutung zunimmt. Zum 1. Januar 1993 sind die rechtlichen Voraussetzungen für den Europäischen Binnenmarkt geschaffen. Zwischen den 12 Ländern der EG mit 345 Millionen Menschen wird es einen freien Austausch von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital geben. Zum 1. Januar 1993 wird darüber hinaus zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den 7 EFTA-Staaten (Schweiz, Liechtenstein, Österreich, Norwegen, Schweden, Finnland und Island) ein gemeinsamer europäischer Wirtschaftsraum (EWR) entstehen.

Die Europäische Gemeinschaft hat mit Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei Assoziierungsverträge mit dem Ziel eines freien Handelsaustausches, politischer Kooperation und der Perspektive des EG-Beitritts abgeschlossen. Weitere „Europaverträge“ mit den Staaten Mitteleuropas werden folgen. Mit den meisten Republiken der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) bereitet die Europäische Gemeinschaft vertragliche Beziehungen vor.

Der EG-Gipfel der Staats- und Regierungschefs im niederländischen Maastricht im Dezember 1991 läßt die

In der gegenwärtigen Situation ist das eine besonders wichtige Aufgabe und Herausforderung, die wir als Politiker annehmen müssen.

In der gegenwärtigen Situation ist das eine besonders wichtige Aufgabe und Herausforderung, die wir als Politiker annehmen müssen.

Anm.: Ingrid Roitzsch, MdB, ist Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium der Verteidigung. ■

Staaten der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union zusammenwachsen. Der negative Ausgang des Referendums in Dänemark zu den Maastrichter-Verträgen darf den europäischen Einigungsprozeß nicht aufhalten. Die Ratifizierung muß nun in den anderen EG-Ländern, so in Deutschland, fortgesetzt werden. Die europäische Gemeinschaft muß eine Demokratie sein. Maastricht war ein weiterer wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Die Ergebnisse des Gipfels von Maastricht

Zur Verwirklichung der Demokratie sind dem Europäischen Parlament neue Befugnisse (Einsetzung der EG-Kommission, Zustimmung zu internationalen Verträgen, Gleichberechtigung mit dem Ministerrat in einigen Bereichen der europäischen Gesetzgebung etc.) zugesprochen worden. Dieser Weg der vollständigen Demokratisierung der Europäischen Gemeinschaft in allen Bereichen muß fortgesetzt werden. Hierfür ist eine nächste Regierungskonferenz erforderlich, die parallel zu den Verhandlungen mit EG-Beitrittskandidaten (z.B. Österreich, Schweden, Finnland) arbeiten sollte.

Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Ein Schwerpunktthema stellte in Maastricht der Bereich der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik dar. So erscheint uns heute eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik auf EG-Ebene noch schwieriger. Aber bereits jetzt handeln die Zwölf in internationalen Fragen immer mehr mit einer Stimme, wenn dieses auch an Einzelbeispielen – so im Prozeß des Zerfalls Jugoslawiens – mit großen Anstrengungen verbunden ist. Der von den Außenministern am 7. Februar 1992 unterzeichnete Unionsvertrag, der die Europäische Gemeinschaft zum 1. Januar 1993 in eine „Europäische Union“ umwandeln soll, sieht nun erstmals eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie langfristig die schrittweise Entwicklung einer gemeinsamen Verteidigung vor.

Die Außen- und Sicherheitspolitik soll sich dabei an der Wahrung der gemeinsamen Werte, den grundlegenden Interessen und der Unabhängigkeit der Union, der Erhaltung des internationalen Friedens und schließlich der Stärkung der internationalen Sicherheit entsprechend den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen sowie der KSZE-Charta von Paris, orientieren. Im Gegensatz zu den Bestimmungen der Einheitlich Europäischen Akte, die am 1. Juli 1987 in Kraft trat, wird nun im Vertrag von Maastricht erstmals die Verpflichtung zu gemeinsamen außenpolitischen Handeln deutlich fixiert.

Der Vertrag über die Europäische Union trägt dem veränderten Sicherheitsbegriff Rechnung, in dem neben außen- und wirtschaftspolitischen Aspekten der Sicherheit nunmehr auch militärpolitische nicht mehr ausgeschlossen werden, und die Politik der Europäischen Union auf alle Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik erstreckt wird.

Beschränkung des Rüstungsexports

Erfreulicherweise dürften in Europa und in der Welt allerdings die militärischen Aspekte der Sicherheit abnehmen und die nichtmilitärischen an Bedeutung gewinnen. Eine vorrangige Aufgabe einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik wird daher neben der notwendigen

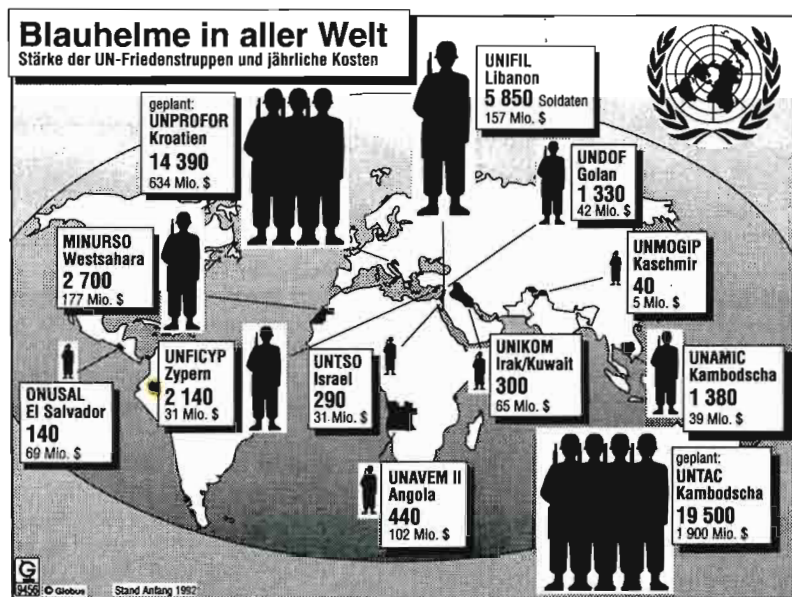
Hilfe für die Dritte Welt eine vorsorgende Sicherheitspolitik als Instrument für die politische und wirtschaftliche Entwicklung insbesondere der armen Staaten der Welt sein (Hilfe zur Selbsthilfe).

Rüstungskontrolle und Abrüstung, die in Europa hoffentlich weiter an Bedeutung zunimmt, dürfen nicht dazu führen, daß der Rüstungsexport in Ländern der Dritten Welt uneingeschränkt fortgesetzt wird. Eine Kontrolle und Einschränkung des Rüstungsexports wird eine vorrangige Aufgabe der zukünftigen Außen- und Sicherheitspolitik sein. Europa darf sich keine neuen Rüstungsmärkte in der Welt suchen. Dieses ist weder politisch noch moralisch verantwortbar. Zusammen mit allen rüstungsproduzierenden Staaten muß Europa dazu beitragen, den Rüstungsexport drastisch zu reduzieren.

Die Westeuropäische Union (WEU) als Instrument der Europäischen Union

In der Entwicklung einer Sicherheitskomponente der Europäischen Union wird die WEU eine wichtige Übergangsrolle spielen. Sie verfügt über klare vertragliche Grundlagen und eine funktionierende Organisation mit gewachsenen Beziehungen zur NATO. Allerdings müßten sich WEU-Optionen im wesentlichen auf gleichzeitig der NATO assignierte Truppenkontingente stützen. In die Schlußakte des Vertrages von Maastricht über die Europäische Union wurde eine Erklärung der neun WEU-Mitgliedsstaaten aufgenommen, die die Vorschläge zur Weiterentwicklung der WEU auf Grundlage einer deutsch-französischen Initiative in allen wesentlichen Teilen übernimmt. Politisches Kernstück ist die vorgesehene engere Abstimmung der WEU-Staaten innerhalb der Allianz. Dies wird dazu führen, daß Europa auch in der NATO sichtbarer als bisher mit einer Sprache spricht.

Alle Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft, gemeint sind hier Dänemark, Griechenland und Irland, sind eingeladen, der WEU beizutreten oder Beobachter zu werden. Die anderen europäischen Mitgliedsstaaten der NATO, die der Europäischen Gemeinschaft nicht angehören, also Norwegen und die Türkei, können als „assoziierte Mitglieder“ an den Tätigkeiten der WEU voll teilnehmen. Die



WEU kann von der Europäischen Union Aufträge erhalten, die auch militärische Aktionen betreffen können. Als ein Erfolg ist auch zu werten, daß die Präsidenschaften in WEU und Europäischer Union harmonisiert werden und damit ein koordiniertes Handeln erst möglich wird. Offen ist dabei allerdings noch, wie mit den G-Mitgliedsstaaten verfahren wird, die nicht der WEU angehören bzw. ihr in Zukunft nicht angehören wollen (ggf. Dänemark und Irland).

Für die zukünftige Rolle der WEU hat man sich bislang darauf geeinigt, einen WEU-Planungsstab einzurichten und in Ergänzung zur Allianz die militärische Zusammenarbeit auf den Gebieten der Logistik, des Transports, der Ausbildung und der strategischen Aufklärung voranzutreiben. Ebenso wurde beschlossen, Treffen der Generalstabschefs der WEU-Mitgliedsstaaten einzurichten, die Rüstungskooperation zu verstärken und eine europäische Rüstungsagentur zu gründen. Außerdem soll das WEU-Institut zu einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsakademie ausgebaut werden.

Die deutsche Verantwortung

Die wohl wichtigste Entscheidung besteht darin, daß der WEU militärische Kontingente zugeordnet werden können. Die der WEU damit zugeschriebene operationelle Rolle im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union muß aber noch konkretisiert werden. Insbesondere ist eine Antwort zu geben auf die Frage, wie die WEU, die in enger Kooperation mit dem Atlantischen Bündnis arbei-

ten soll, verhindern kann, NATO-Aufgaben und Einrichtungen lediglich zu duplizieren. Eine europäische Eingreiftruppe, die außerhalb des NATO-Gebietes (out of area) zur Wiederherstellung von Recht, Demokratie und Sicherheit eingesetzt werden könnte, sollte deshalb mit einem „NATO-Hut“ (ggf. ohne Frankreich) und einem „WEU-Hut“ ausgestattet werden.

Jetzt muß auch die Bundesrepublik Deutschland als der bevölkerungsreichste und wirtschaftlich stärkste Mitgliedsstaat von EG und WEU durch die Bereitstellung von **Krisenreaktionsstreitkräften** einen Beitrag leisten. Eine deutsche Sonderrolle, die sich europäischer und internationaler Verantwortung entzieht, würde mit Recht von unseren Partnern nicht akzeptiert und entspricht auch nicht den deutschen Interessen. Eine europäische Friedenstruppe für out-of-area-Einsätze – im Rahmen von Aktionen der Vereinten Nationen oder der Europäischen Union – ist ohne deutschen Beitrag kaum vorstellbar.

Das geeinte Deutschland muß insoweit rasch die politischen und ggf. verfassungspolitischen Voraussetzungen für die **Teilnahme von Bundeswehreinheiten** an derartigen Einsätzen schaffen. Eine Grundgesetzänderung, die sich im Rahmen zusätzlicher Verantwortung jedoch nur auf sog. „Blauhelm-Einsätze der UNO beschränkt, ist abzulehnen. Eine Beschränkung nur auf UNO-Blauhelme wäre weniger, als die deutsche Verfassung heute zuläßt. Sie würde ein gemeinsames Handeln im Rahmen der am 1.1.1993 entstehenden Europäischen Union behindern und damit den Geist des Vertrages von Maastricht verletzen.

Bei den europäischen Partnern Deutschlands würde die Beschränkung auf „Blauhelm-Einsätze mit Recht Unverständnis und Widerspruch hervorrufen. Eine derartige deutsche Sonderrolle, die sich der europäischen Solidarität verweigert, ist antieuropäisch und in einem neuen Sinne nationalistisch.

Die Möglichkeiten der KSZE

Zusätzlich kommt mit der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa eine neue Ebene für sicherheitspolitische Befassung im europäischen Zusammenhang in den Vordergrund. Infolge der vorrangig ökonomischen und technologischen Bedürfnisse Mittel- und Osteuropas bietet die KSZE als Sicherheits- und ordnungspolitischer Stabilitätsrahmen Vorteile. Bereits seit Jahren kann dieses Forum auf Erfolge in der Einbeziehung der Vereinigten Staaten und der alten Sowjetunion in die Sicherheitsprobleme Europas wie in der Verankerung sicherheits- und vertrauensbildender Maßnahmen zwischen Ost und West in Europa verweisen. Sollten die bislang zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt behandelten Problemkreise von den KSZE-Staaten, zu denen jetzt auch die Republiken der ehemaligen Sowjetunion gehören, übernommen werden, spricht vieles für eine Kompetenzerweiterung dieser „Sicherheitsgemeinschaft“. Die gesamteuropäische Dimension zieht aber gleichzeitig den Möglichkeiten der KSZE hinsichtlich ihrer Handlungsfähigkeit Grenzen. Das wurde anlässlich des tragischen Krieges im zerfallenen Jugoslawien deutlich.

Fortschritte sind dennoch unverkennbar. Das Prager Dokument vom Januar 1992 sieht nun erstmals vor, daß „in Fällen von eindeutigen groben und nichtbehebenden Verletzungen einschlägiger KSZE-Verpflichtungen angemessene Maßnahmen durch den Rat bzw. den Ausschuß hoher Beamter getroffen werden können, erforderlichenfalls auch ohne Zustimmung des betroffenen Staates“.

Erst durch eine Kompetenzerweiterung kommt dem gemäß der Charta von Paris neu eingerichteten Konfliktverhütungszentrum in Wien eine entscheidende Rolle zu. In einer derartigen Institutionalisierung des KSZE-Prozesses muß ein dauerhafter Zugewinn an Sicherheit, Stabilität und Kontinuität der Beziehungen in Europa gesehen werden. Dabei darf jedoch

nicht verkannt werden, daß die Schaffung einer institutionalisierten KSZE-Struktur aufgrund ihres intergouvernementalen Charakters niemals einen supranationalen Zusammenschluß, wie es in der EG der Fall ist, ersetzen kann.

Die Rolle der NATO

Zweifelsohne haben die NATO und die mit ihr institutionalisierte Präsenz der USA in Europa mehr als 40 Jahre lang ihre Aufgabe erfüllt und durch eine konsequente Haltung wesentlich zum Wandel in der Außen- und Sicherheitspolitik in der alten Sowjetunion beigetragen. Die NATO bleibt erforderlich und muß ihre friedensstiftende Funktion aufrechterhalten. Auch bestimmte Formen der Kooperation mit den Staaten Mittel- und Osteuropas sollten nicht ausgeschlossen werden.

Der von der NATO ins Leben gerufene Nordatlantische Kooperationsrat bietet ein geeignetes Forum für die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit den Ländern Ost- und Mitteleuropas. Inwieweit die NATO den in Europa so dringend erforderlichen Integrationsprozeß fördern kann, ist aber fraglich. Dafür wäre nämlich ein in erster Linie ökonomisches Instrumentarium notwendig, über das die NATO im Gegensatz zur Europäischen Gemeinschaft nicht verfügt. Für die Fortführung des Rüstungskontrollprozesses dagegen verfügt die NATO, über entsprechende Instrumente. Mit fortschreitender europäischer Einigung soll sich die NATO zu einem europäisch-amerikanischen Bündnis weiterentwickeln, so daß die gegenwärtige multinationale Struktur mit amerikanischer Dominanz an eine stärkere bilaterale Struktur („Zwei-Pfeiler-Theorie“) angepaßt werden müßte.

Das deutsch-französische Korps

Das in La Rochelle von Staatspräsident Francois Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl beschlossene deutsch-französische Korps könnte ein wichtiges Instrument werden, Deutschland in eine stärkere militärische Verantwortung einzubinden. Das deutsch-französische Korps, das die NATO nicht schwächen, sondern ergänzen soll, bleibt unvollständig, wenn sich ihm nicht andere WEU-Länder anschließen. Deshalb ist es wichtig, daß die anderen WEU-Länder aufge-

schlossen sind für die Einladung von Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand, das deutsch-französische Korps durch eigene Beiträge zu ergänzen, um so – in Konsultation mit der NATO – schrittweise eine europäische Verteidigung im Rahmen der Europäischen Union/WEU und des westlichen Bündnisses aufzubauen.

Außen- und Sicherheitspolitik muß Gemeinschaftspolitik werden

Ein weiterer Fortschritt von Maastricht im Hinblick auf die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union ist auch, daß die Europäische Kommission für diesen Bereich Vorschläge unterbreiten kann und voll in diesen Prozeß mit einbezogen wird. Dennoch müssen leider auch kritisch zu beurteilende Aspekte angesprochen werden. Zum einen ist die Außen- und Sicherheitspolitik auch in Zukunft keine Gemeinschaftspolitik, sondern intergouvernementale Zusammenarbeit. Zum anderen wird das Europäische Parlament in die europäische Außen- und Sicherheitspolitik zwar durch Konsultation und Information einbezogen, das Parlament hat jedoch keine wirklichen Kontrollrechte. Außerdem sind Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik nicht vorgesehen, sondern lediglich hinsichtlich der Durchführung sog. „gemeinsamer Aktionen“ möglich. Hier sind in Zukunft Korrekturen notwendig.

Entscheidend ist jedoch: Nach der Ratifizierung der Maastricht-Verträge können die EG-Staaten, die zur Europäischen Union werden, mit dem notwendigen politischen Willen in Zukunft in der Außen- und Sicherheitspolitik umfassend und wirksam gemeinsam handeln und damit zum Frieden in Europa und in der Welt beitragen. Dabei ist zu hoffen, daß es mit vorsorgender Sicherheitspolitik (Wirtschaftshilfe, Kooperation beim Aufbau der Demokratie usw.) gelingen möge, nichtmilitärischen Aspekten der Sicherheit Priorität zu geben und so militärische Mittel zur Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten als „Ultima ratio“ zu begreifen. Auch deswegen muß „Maastricht“ ein Erfolg werden.

Ann.: Dr. Hans-Gert Pöttering, MdEP ist stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament und Vorsitzender des Unterausschusses „Sicherheit und Abrüstung“ des Europäischen Parlaments. ■

Bedeutung der Religion in unserer Gesellschaft

Neue Herausforderung für die christliche Jugendarbeit

Cornelia Yzer

Der Umbruch in Ostdeutschland hat nicht nur eine wirtschaftliche, sondern ganz wesentlich auch eine geistige und psychologische Dimension. Junge Menschen haben erlebt, wie Autoritäten zusammenbrachen, selbst Lehrer und zum Teil auch Eltern ihre Glaubwürdigkeit einbüßten. Sie haben eine Situation erfahren, in der von einem auf den anderen Tag plötzlich nicht mehr galt, was bislang als objektive und unantastbare Wahrheit ausgegeben wurde.

In dieser Situation, in der an die Stelle einer Einheitsweltanschauung eine oftmals verwirrende Vielfalt von Informationen und Meinungen getreten ist, versuchen Sekten, die Desorientierungen junger Menschen für ihre Ziele auszunutzen. Mit einfachen Antworten auf komplexe Probleme versuchen sie für sich zu werben.

Doch dieses Problem stellt sich nicht nur in den neuen Ländern. Auch in der ausgeprägten pluralistischen Gesellschaft Westdeutschlands fällt es immer mehr jungen Menschen schwer, Orientierung und Gewißheit zu finden. Vermeintliche Sinnvermittler haben leider immer mehr Konjunktur.

Es ist Aufgabe aller gesellschaftlichen Gruppen, junge Menschen über die wirklichen Ziele der Sektenführer aufzuklären und ihnen Schutz und Hilfe vor wirtschaftlicher und geistiger Ausbeutung und Unterdrückung zu geben.

Auflösung religiös begründeter Lebenszusammenhänge

Ich halte es für ganz wichtig, daß vor allem unsere christlichen Kirchen und ihre Jugendarbeit den jungen Menschen Angebote zur Identitätsfindung und zur Auseinandersetzung mit Sinnfragen geben. Denn ich bin überzeugt, daß gerade die Kirchen Jugendlichen geistige und moralische Orientierung anbieten können, die sie gegen Gefährdungen durch selbsternannte Propheten immunisieren. Der Andrang auf Kirchentagen zeigt, wie groß das Bedürfnis junger Menschen ist, über Fragen des Sinns und der Werte zu diskutieren. Kirchentage zeigen auch in beeindruckender Weise, in welcher Weise die Kirchen ein Angebot an junge Menschen machen, das diese anspricht und von ihnen aufgenommen wird.



Parlamentarische Staatssekretärin Cornelia Yzer, MdB: Jugendliche im Osten suchen nach neuen Orientierungspunkten

Heute über „Gott“ und „Religion“ zu sprechen, vor allem im Hinblick auf junge Menschen, gehört allerdings längst nicht mehr zu den Selbstverständlichkeiten. Von vielen Jugendlichen – und nicht nur ihnen – wird beides als ein Anachronismus aus längst vergangenen Zeiten angesehen. In der Tat ist die Infragestellung der Religion nicht neu. Die Auflösung religiös begründeter Lebenszusammenhänge zugunsten einer bloßen Diesseitigkeit ist geradezu ein Kennzeichen der neuzeitlichen Geschichte. Dieser Prozeß der Säkularisierung hat viel von der Verträutheit des Menschen in seiner Umwelt zerstört und das Entstehen einer Vielfalt konkurrierender weltanschaulicher Denk- und Glaubenssysteme bewirkt. Der Zuwachs an Freiheit, der damit verbunden ist, die Ablösung von religiösen Normen und Werten, hat ihren Preis in dem Verzicht auf ein allen gemeinsames Bewußtsein verbindliche Norm- und Wertvorstellungen.

Doch auch unser wissenschaftlich-technisches Zeitalter mit seiner Vielzahl von Zerstreungsangeboten hat es

nicht geschafft – und wird es auch nicht schaffen – die Frage nach dem Sinn befriedigend zu beantworten.

Ich glaube das zeigt, daß wir mit bloßen rationalen Antworten nicht weiterkommen, vor allem aber auch jungen Menschen keine Hilfe sind. Natürlich, wir brauchen auch weiterhin Rationalität, wir brauchen den rationalen Dialog, so wie ihn die Aufklärung gefordert hat, um unsere Probleme aufzugreifen und zu bewältigen.

Es sollte uns aber auch nachdenklich machen, wenn ein kritischer Geist wie der Züricher Philosoph Hermann Lübbe beständig daran erinnert, daß die Errungenschaften der Aufklärung nur dann Bestand haben, wenn die Religion in unserer Gesellschaft präsent bleibt, weil sonst wesentliche Grundbedürfnisse des Menschen nicht gedeckt werden. Lübbe kommt zu dem Ergebnis: „Nicht die Religion hat sich als Illusion erwiesen, sondern die Religionstheorie, die sie als Illusion behandelt.“ Illusionär, so Hermann Lübbe, sei die Erwartung, „daß kulturelle und soziale Fortschritte uns einmal in Lebensumstände versetzen könnten, in denen wir auf Leistungen religiöser Kultur nicht mehr angewiesen sein würden“.

In der Tat: es gibt wohl keine Lebenskultur, die nicht von Prämissen religiöser Orientierung mitbestimmt ist, von unserer Wahrheitsfähigkeit in Politik, Recht oder Wissenschaft über die öffentliche Verpflichtung zur Hilfe in menschlicher Not bis zur uneingeschränkten Zuerkennung von Menschen- und Bürgerrechten. Religion, ohne deren Kritik der Aufklärungsprozeß nicht zu denken sei, gehöre, so Hermann Lübbe, „nach der Aufklärung zu den Bedingungen ihrer Erhaltung“.

Christliche Verantwortung stärken

Hier sehe ich eine wichtige Aufgabe christlicher Jugendarbeit. Sie muß mithelfen, jungen Menschen deutlich zu machen, daß es in unserer Zeit perfekter Mittel nicht nur auf ein Höchstmaß von politischen und technisch-wissenschaftlichem Sachverstand ankommt, sondern auch auf ein Höchstmaß ethischer Verantwortung. Sie muß aufzeigen, daß das, was junge Menschen an Fähigkeiten erwerben, seinen Sinn nicht in sich selbst hat, sondern sie in die Lage versetzt, ihr Können sinnvoll und zum Wohle ihrer Mitmenschen zu gebrauchen.

Natürlich ist das ein schwieriger Weg. Aber er muß meines Erachtens gegangen werden, wenn wir nicht denen das Feld überlassen wollen, die die Sehnsucht junger Menschen nach einfachen Wahrheiten und unverrückbaren Überzeugungen ausbeuten.

Religion kann nicht einfach ad acta gelegt werden. Gerade das pluralistische Gemeinwesen ist mehr denn je darauf angewiesen, daß es genügend

Menschen gibt, die aus religiöser, ich persönlich sage aus christlicher Verantwortung heraus handeln.

Ann.: Cornelia Yzer, MdB, ist Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Frauen und Jugend. Diesen Vortrag hielt sie anlässlich der Vorstellung der beiden Studien „Jugend und Religion 1 und 2“, die die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Auftrag gegeben hat. ■

Jugendreligionen im Osten – Ostbefindlichkeit als Ansatzpunkt für Werbung

Thomas Gandow

Neben der zweifellos vorhandenen inneren Dynamik der Jugendreligionen und den äußeren Zwängen, die sie zu einer Ausweitung ihrer Aktivitäten „in den Osten“ bringen, müssen als „objektive Seite“ die „ost-spezifischen“ Bedingungen für die Attraktivität und Wirksamkeit der Werbung der Jugendreligionen betrachtet werden, müssen die „Ex-DDR-spezifischen Bedingungen“ betrachtet werden.

Da ist einmal der oft beschriebene Informations hunger. Welch hohe Glaubwürdigkeit genießt in der Ex-DDR immer noch Gedrucktes, allein weil es gedruckt ist!

Bisher ungeübt in Religions- und Ideologiekritik, weil vormundschaftlich abgeschirmt und „beschützt“, müssen der Öffentlichkeit (religiöse) Behauptungen und Alternativen verschiedenster Art gleichwertig erscheinen, wenn nicht sogar die Entscheidung für exotische Angebote auf Grund ihrer Neuheit und Unhinterfragbarkeit eine größere Plausibilität beanspruchen kann.

Auf lange Sicht schwerwiegender aber ist die ahnungslose Unbefangenheit der Öffentlichkeit, die den (religiösen) Behauptungen und Ansprüchen aller möglichen seriöser und auch zweifelhafter Gruppen ohne eigene Informationen und Kriterien gegenübersteht.

Da wird das Bild des gekreuzigten Christus, das Kruzifix, schon mal mit einem Spartacus-Denkmal verwechselt – wenigstens historisch fast korrekt zugeordnet. Ein Lehrer informiert seine Schüler besten Willens im Zusammenhang mit den Mönchsorden des Mittelalters: „Heute gibt es nur noch drei Orden: die Jesuiten, die Freimaurer und opus dei!“ - immerhin 1/2 Treffer. – Buddha, Konfuzius, Hinduismus, Okkultismus sind dagegen

unter Lehrern völlig unbekannt, auch wenn es in der DDR und UdSSR eine sprießende Okkultszene und – im Untergrund – missionierende Religionen gegeben hat.

Immerhin gibt es aber auch „Fachleute“, die aus der gegenwärtigen Situation, in der 75% der jungen Leute ohne jede religiöse Information aufgewachsen sind, andere Schlußfolgerungen ziehen: Von einem evang. Jugendpfarrer in einer Großstadt wurde z.B. die Einschätzung vertreten, fehlende religiöse Bildung sei kein Mangel, sondern nachgerade ein Vorteil, weil dadurch Sekten keine Möglichkeit der Anknüpfung finden würden! Wer keine Ahnung von Adam und Eva habe, dem könne man auch nichts Falsches über die beiden erzählen.

Die Vorstellung ist rührend und erinnert ein wenig an den Vorschlag, Schwangerschaften, Geschlechtskrankheiten und Vergewaltigungen durch Streichung der Sexualkunde vom Stundenplan zu verhüten.

Ähnlich wie dieser Pfarrer, wenn auch mit genau entgegengesetzter Stoßrichtung argumentierte übrigens 1990 die damals frischgebildete „Extremismusabteilung“ der Kriminalpolizei der Noch-DDR gegenüber dem damaligen Ev. Nachrichtendienst (ena) auf die Frage, wer denn für die Werbung gefährlicher Sekten abgeschlossen sei. Die Polizeiabteilung sah

im Allgemeinen nur ein geringes Gefährdungspotential: „Für die Sekten sei jedoch die Glaubensbeziehung der Christen ein günstiger Ansatzpunkt für ihre Mission.“ (ena-aktuell Nr. 32 vom 5.4.1990)

Eine Untersuchung des Züricher Religionssoziologen Schmidtchen über die Attraktion von Sektenargumenten und Sektenwerbung ergab eher das Gegenteil: Menschen mit kirchlichen Bindungen sind anscheinend eher weniger anfällig für die Sektenwerbung (aus was für Gründen auch immer). 11% der von Schmidtchen Befragten waren von Sekten ansprechbar und interessierbar, sogar 20% der unter 20-jährigen, bei den nicht-kirchlich gebundenen aber waren es sogar 35%. (vgl.: Gerhard Schmidtchen: Sekten und Psychokultur, Freiburg 1987)

Auffälligkeit für Jugendreligionen beleuchten

Was aber macht nun anfällig für Jugendreligionen und woher kommt es, daß 15% der befragten Jugendlichen in den FNL schon 1990 Sympathie und Interesse für „Jugendreligionen“ bekunden, die sie z.T. gar nicht konkret kennen konnten?

Es ist beeindruckend, ja bedrückend, wie selbst Jahrmarktswahrsager heute auf den Märkten und Rummeln der FHL endlos lange Schlangen Ratsuchender (junger) Menschen vor ihren Zelten haben. Horoskope in vermeintlich seriösen Tageszeitungen (der schon untergegangene „Morgen“ machte den Anfang), aber auch im DFF zur besten Sendezeit am 8. - abend waren Zeichen dieses Umschlagens einer fehlgeleiteten Religionskritik in kritiklosen Aberglauben.

In der Praxis war man zu DDR-Zeiten mangels echter Religionskritik nicht einmal geschützt vor religiösen Ansprüchen in Ideologie und Sprache („die welthistorische Mission (=Sendung) der Arbeiterklasse“ bis hin zu Personenkult und Ideenkult („Der Marxismus-Leninismus ist allmächtig...“). Heilsgeschichtliche Ansprüche und Sinnversprechen über den Tag hinaus korrespondierten aber mit den real existierenden Bedürfnissen nach Sinnstiftung, Gemeinschaft und Dauer.

Gerade die zur Verwunderung vieler „Ost-Experten“ „post festum“, also nach dem 3.10.90 anhaltende Attraktivität einer jetzt von allem Zwang, aber auch von jeglichen Inhalten befreiten

„Jugendweihe“ beweist die Existenz religiöser Bedürfnisse, nicht ihre Überwindung oder gar ihre Abgewöhnung. Aber beim bloß rituellen Weitermachen bleibt es nicht.

Die bisherige offizielle Ablehnung aller nicht-marxistisch-leninistischer Weltanschauungen ist in eine unkritische Akzeptanz für alles mögliche, auch für bisher Verpönte umgeschlagen. „Das war ja alles verteufelt – es muß also etwas daran sein“ kann man jetzt hören. Selbst Volksaberglaube, Astrologie etc. profitieren nun von einer Art Kipp-Phänomen, treten aus ihrem Schatten heraus als bisher wie die Religion unterdrückten Formen von Lebensbedeutung und finden nicht nur Aufmerksamkeit, sondern auch Förderung.

Religiöse Bedürfnisse?

„Sinnverlust, Geborgenheitsverlust, Zukunftsverlust“, so hatte F.W. Haack Mitte der 70er Jahre die Gründe für die Attraktivität der Jugendreligionen benannt. Damit beschrieb er den Tatbestand,

- daß es in der modernen Gesellschaft keine allgemein verbindlichen Sinnvorstellungen, aber auch keine staatlichen oder sonstwie gesellschaftlichen Sinnvorgaben gibt;
- daß die mobile Industriegesellschaft bei zunehmender Zahl von Ein-Personen-Haushalten und Ein-Eltern-Familien keine einfach vorhandenen Geborgenheits- und Nachbarschaftsstrukturen hat und
- daß durch Entscheidungsvorwegnahme Zukunft nicht mehr der Bereich aller Möglichkeiten ist, sondern durch heute getroffene Vorentscheidungen als Bereich der eingeschränkten und verdorbenen Möglichkeiten gefürchtet wird, wie z.B. in der aktuellen Diskussion an den Fragen atomarer Endlagerung oder der Gentechnologie deutlich wird.

Ich sehe für die Ex-DDR eine extreme Potenzierung dieser Problemlagen: Wie mit dem Expreßzug wurden die Ex-DDR-Bürger in die Wirklichkeit der Bundesrepublik der 90er Jahre katapultiert – auch die, die gerufen hatten „Wir bleiben hier!“ und mußten so mit rasanter Schnelligkeit eine Anpassung leisten, für die Alt-Bundesrepublikaner 40 Jahre Zeit und eine Art Anpassungsrevolte oder Kulturrevolution 1968 ff. hatten.

Bonn will über Jugendsekten informieren.

Die Bundesregierung will noch in diesem Jahr eine zentrale Informations- und Dokumentationsstelle über Jugendsekten einrichten. Dadurch solle künftig erfolgreicher gegen solche „dubiose“ Gemeinschaften vorgegangen werden können, sagte Bundesjugendministerin **Angela Merkel** in einem Interview der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. Vereinigungen wie die „Scientology-Church“, „Hare Krishna“ oder die „Mun-Sekte“ versuchen nach Angaben von Merkel verstärkt, in den neuen Bundesländern Fuß zu fassen. Die Jugendlichen seien dort bisher mit solchen Sekten kaum in Berührung gekommen und deshalb besonders anfällig für deren Werbemaßnahmen. Hinzu kämen die sozialen Probleme wie Arbeitslosigkeit und Orientierungslosigkeit nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems.

(aus: epd)

Aber dies Bild vom Zeitsprung reicht nicht aus. Die Ostler kamen ja nicht aus der Vergangenheit, aus den fünfziger Jahren, sondern aus einer sozialistischen „Parallelwelt“ - Science-fiction-Fans und DDR-Freaks mögen mir diese Begriffsentlehnung verzeihen.

In der DDR hat es nicht nur keinen Gewöhnungseffekt gegeben an die vielleicht notwendig oder wenigstens unvermeidlich zur modernen (kapitalistischen) Zivilisation gehörenden Defiziterlebnisse; im Gegenteil wurden sie durch eine Staatsideologie überspielt, in der das Gegenteil festzustehen schien: Sinn und Orientierung, Gemeinschaft und Geborgenheit, Perspektive und Zukunftsgarantie waren Grundpfeiler des real existierenden Sozialismus.

Ein Lied von Louis FURNBERG, das wir in der Grundschule beim Fahnenappell lernten und das ganze DDR-Schülergenerationen sangen, hieß: „Du hast ja ein Ziel vor den Augen, damit du dich in der Welt nicht irrst, damit du weißt, was du machen sollst, damit du einmal besser leben wirst. ... Allen die Welt und jedem die Sonne, ... Wir sind Soldaten, Kämpfer fürs Glück.“

Aber jetzt ist auf einmal zur „Lebenslüge“ geworden, was vorher „Realität“ war und umgekehrt. Nicht jeder bringt die Flexibilität (oder Anpassungsfähigkeit) auf, sich im Wupp-dich schnell umzuorientieren. Nicht jeder kann auch den Wandlitz-mit dem Tegernsee vertauschen. Unklar ist noch, was als verächtlicher gelten sollte: der „Wendehals“ oder die „rote Socke“. Wie schwer grundsätzliche Umstellung auch für „gelernte Westler“ ist, nämlich eine bisherige „Le-

benslüge“ als neue Realität zu akzeptieren, zeigen die Repräsentanten der bisher stets „provisorischen Bundeshauptstadt Bonn“.

Sinn- und Orientierungsverlust

- Was soll an die Stelle der abgehängten Honeckerbilder in den Krippen und Kindergärten treten? Wem sollen sich jetzt Kinder, Erzieherinnen und Lehrer verdanken? Wie eine Seifenblase sind alle früheren Orientierungen geplatzt, die offizielle Weltanschauung, die Gegner und Freunde so oder so bestimmte, ist aufgehoben. Wofür (oder wogegen) soll jetzt gelebt und gekämpft werden? Wer gibt die Parole aus, sagt an, was angesagt ist?

Der Oberarzt der Nervenklinik der Charité, Alexander Schulze, stellte schon Anfang 1990, als die Situation sich erst entfaltete, in der wir heute leben, fest: „Viele Menschen finden sich in der gegenwärtigen Situation überhaupt nicht zurecht. ... Sie waren perfekte Befehlsempfänger“.

Geborgenheits- und Zugehörigkeitsverlust

- Alte Strukturen bis hinein ins Stadtbild, die Menschen ein wenig Geborgenheit und Heimat geben können, hatte die SED zunächst zu beseitigen versucht – mit dem Anspruch, Neues und Besseres für den „Neuen Menschen“ an ihre Stelle zu setzen. Altbauviertel wurden dem Verfall überlassen (Greifswald, Görlitz!), Orientierungspunkte beseitigt (Universitätskirche Leipzig, Garnisonskirche Potsdam, Stadtschloß Berlin usw.).

Länder wurden abgeschafft. Das Vereinswesen demokratisch-zentrali-

stisch neu geordnet. An ihre Stelle wurden neue Geborgenheiten gesetzt. Aber die neuentstandenen und neugeschaffenen Bindungen innerhalb der DDR (z.B. in Massenorganisationen und Arbeitskollektiven, aber gerade auch in den oppositionellen und alternativen Gruppen) sind inzwischen zerstört durch (Stasi-) Angst, durch eine rasante Entsolidarisierung im Zuge der Wirtschaftsunion. Nach der Ausreisebewegung, die ganze Freundeskreise mehr als dezimierte, nun noch die Pendelei auf der Suche nach Arbeit.



Auf der Suche nach festen Strukturen
(foto: dpa)

Zukunftsverlust

– Alle vorausschauende Planung und Zukunftssicherung wurde früher von Staat und Partei global und für den Einzelnen übernommen – wer als Lehrling in einen Betrieb eintrat, kannte die Höhe seiner Rente, wer zum Studium zugelassen wurde, hatte eine berechenbare Karriere vor sich – all das ist jetzt durchkreuzt, ja absurd gemacht und abgewertet: Die Währung, in der gerechnet und gespart und geplant wurde ist weg; die Umwelt ist zerstört und auf Jahrzehnte belastet, alle bisherigen Lebenspläne (auch die, die sich die Einzelnen im Rahmen aber z.T. auch gegen die offiziellen Vorgaben gemacht haben), sind über den Haufen geworfen. Alle vorausseilende Anpassung an die feststehende Zukunft war umsonst. Viele wissen nicht, wie es weitergehen wird.

Der Zerfall aller bisherigen Orientierungen ist die innere „hausgemachte“ Bedingung, unter der Orien-

„Es ist die Aufgabe aller gesellschaftlichen Gruppen, junge Menschen über die wirklichen Ziele der Sektenführer aufzuklären und ihnen Schutz und Hilfe vor wirtschaftlicher und geistiger Ausbeutung und Unterdrückung zu geben. Ich halte es für ganz wichtig, daß die Kirchen und ihre Jugendarbeit den jungen Menschen Angebote zur Identitätsfindung und zur Auseinandersetzung mit Sinnfragen geben. Denn ich bin überzeugt, daß gerade die Kirchen Jugendlichen geistige und moralische Orientierung geben können, die diese gegen Gefährdungen durch selbsternannte Propheten immunisieren.“

Dr. Angela Merkel, anlässlich Einführung von Pfarrer Gandow in sein Amt als Provinzialpfarrer für Sekten- und Weltanschauungsfragen.

tierungsanbieter wie die Jugendreligionen nun auftreten können. So treffen sie wie die Faust aufs Auge.

Die hieraus resultierende Gefahr wurde zuerst wohl unterschätzt. „Ideologie, nein danke“ - sei die Devise der Stunde. Pfarrer Hülsemann, Jugendpfarrer von Ost-Berlin hoffte z.B. zunächst, eine Art Ideologieresistenz habe sich herausgebildet.

„Jede Frage hatte früher ihre Antwort, zwar nicht vom Guru, aber vom Parteisekretär. Davon haben die Jugendlichen hier genug. Sie sind in der jetzigen Situation eher dankbar für Menschen, die ihre Ratlosigkeit teilen.“ (zitiert nach Glaube und Heimat, 21.4.90)

Zu einer weniger optimistischen Einschätzung der Orientierungslage und Orientierungsnot kam schon Anfang 1990 der Chefarzt, der Psychotherapeutischen Abteilung im Evang. Diakoniewerk Halle, der Psychoanalytiker Hans-Joachim Maaz. Er beschreibt die Situation nach der Wende als klassische Ausgangssituation für autoritäre Lösungen:

„Viele haben Angst vor der Freiheit. Sie suchen deshalb nach festen Strukturen, nach neuen Zwängen und einem neuen Führer.“ (zitiert nach Der Spiegel 7/1990 S. 218)

Trotz aller Einschränkung, mit der Maazens tiefenpsychologische Deutungen politischer und ökonomischer Vorgänge aufgenommen werden müssen: Der Verlauf der Jahre 1990-92 hat Maaz bisher noch nicht widerlegt.

Die Jugendreligionen als totalitäre Neureligionen, aber auch eine Reihe anderer Heilsbotschaften, Weltanschauungen und Systeme bieten die hier fehlende **Ersatzorientierung, Ersatzbindung, Ersatzukunft.**

Was tun?

Der religiöse Pluralismus nach jahrelanger Einparteien-„Diktatur des Proletarismus“ erfordert Information und Aufklärung. Hier liegt die Verantwortung von Schulen und Bildungseinrichtungen in den „neuen Ländern“, Information zu ermöglichen und bereitzustellen.

Angesichts der jetzt nicht mehr übersehbaren Informations- und Hilflosigkeit staatlicher Stellen in den neuen Bundesländern darf sich gerade die Kirche nicht aus ihrer Verantwortung für die religiöse Bildung und Information zurückziehen. Es ist ja nur ein schwacher Trost, daß kirchlich gebundene junge Menschen z.T. von den Werbern der Jugendreligionen nicht erreicht werden, im Gegensatz zu jungen Leuten, die jetzt erst einmal mit ihren Orientierungsfragen neu anfangen, weil ihre bisherigen Organisationen und Strukturen zusammenbrechen.

Auch und gerade weil die Kirche z.T. (von dieser Herausforderung) nicht selbst betroffen sind, können und müssen sie in besonderer Weise helfen, raten und informieren. Die Kirchen schulden unserer Gesellschaft Hilfe bei der Auseinandersetzung mit Gruppen, die Religion zur Durchsetzung von Macht-Ideologien mißbrauchen. Sie sind, soweit ich sehe, die einzigen, die diesen Dienst der Ideologiekritik derzeit leisten können. Verantwortung haben alle jetzt frei wirkenden Religionsgemeinschaften, seriös, mit offenem Visier und in gemeinsamer Verantwortung für die gemeinsame Gesellschaft die jetzt gewonnene Religionsfreiheit inhaltlich auszufüllen und gegen ihren Mißbrauch zu verteidigen.

Anm.: Thomas Gandow ist seit kurzem Provinzialpfarrer für Sekten- und Weltanschauungsfragen in Berlin. ■

Scientology – Macht, Kommerz und Psychoterror im Namen der Religion

Holger Doetsch

„Verfassungsschutz soll Scientologen überprüfen – JU fordert endlich Maßnahmen gegen die Sekte“, „Scientology-Tagung der Jungen Union – Chefideologen an Luft gesetzt“, „Experten vergleichen Scientology mit der Stasi – JU fordert Verbot“, „JU-Fachtagung wies auf die drohenden Gefahren durch Scientology hin – Eine Sekte marschiert in Wirtschaft und Politik nach vorn“, „Referenten bei JU-Tagung erhielten Drohbriefe“... Die Auswahl der Überschriften in den großen, überregionalen Tageszeitungen zeigte das erhebliche Interesse an Fachtagung „Scientology – Macht, Kommerz und Psychoterror im Namen der Religion“ der Jungen Union. Und auch die Zahl der Besucher, zeitweise waren über 100 Teilnehmer im Konferenzraum des „Berghotels Sennhütte“ in Hamburg-Harburg, war ein bestechender Hinweis dafür, daß die JU, die das Problem „Scientology“ auf allen Ebenen nicht erst seit gestern thematisiert, ein brandheißes Eisen angepackt hat.

Die Junge Union hat sich durch ihre Wahl sozusagen in die „Höhle des Löwen“ begeben, denn am Schiffsdamm in Hamburg befindet sich der Hauptsitz der deutschen Scientologen. Allein in der Hansestadt soll es rund 4000 Anhänger geben.

Dies bekamen die Teilnehmer sehr rasch zu spüren, denn fünf Minuten vor der offiziellen Eröffnung der Tagung durch das JU-Bundesvorstandsmitglied **Udo Schuster** sowie der organisatorischen Leiterin Corinna Philipp stand eine Scientologengruppe vor der Tür des Tagungsraums und verteilte ein Pamphlet übelster Machart, in der die von der JU eingeladenen Referenten als Nazis beschimpft und in die braune Ecke gestellt wurden. Psychohor live und in Folge, denn die Referenten fanden bereits im Vorfeld der Fachtagung Drohbriefe von den Scientologen im Briefkasten. Die Sektenmitglieder bekamen schnell die Quittung, in „beherzter“ Art schmiß **Udo Schuster** die Sektenmitglieder hinaus.

Dies tat er auch, als zwei Scientologen, selbst der zweite Präsident der Hamburger Scientologen Riedl hatte sich zur JU bemüht, im Verlauf der Tagung im Publikum entdeckt wurden und sich nicht scheuten, die Namen und Adressen von der im Umlauf befindlichen Teilnehmerliste abzuschreiben. Ein Kriminalkommissar aus München: „Werfen Sie die beiden hinaus, wir reden auch nicht über Drogenbekämpfung, wenn der Dealer am Tisch sitzt!“ Schnell waren sich die Teilnehmer im Publikum, die in vielen Wort-

beiträgen nicht nur Betroffenheit, sondern auch hohe Fachkompetenz zeigten, sowie die Diskutanten im Podium einig: Scientology ist eine riesige Gefahr.

Cornelia Yzer, Parlamentarische Staatssekretärin im Frauen- und Jugendministerium meinte, die Bundesregierung habe nicht bloß das Recht, vor möglichen Gefahren zu warnen, sondern sich auch „mit den geeigneten rechtsstaatlichen Mitteln die notwendigen Erkenntnis zu beschaffen.“

Sekten – Vertrauenslehrer in Schulen etablieren

Unterstützung fand sie von der JU darin, Ziele und Methoden der Scientologen durch den Verfassungsschutz beobachten zu lassen. Die frischgebakene Staatssekretärin sprach sich weiterhin für eine zentrale Einrichtung einer Informations- und Dokumentationsstelle über obskure „Weltanschauungsgemeinschaften“ und vorbeugende Aufklärung an den Schulen, etwa durch die Etablierung eines „Sekten-Vertrauenslehrers“ aus. Dies habe präventive Wirkung, so Frau Yzer, deren Vorschläge nicht nur auf ungeteilte Zustimmung stießen: „Zum Mitschreiben“, so die streitbare SPD-Bürgerschaftsabgeordnete **Ursula Cabetta**, „Scientology ist keine Sekte. Das ist eine kriminelle Vereinigung.“ Eine populäre Aussage der streitbaren Abgeordneten, die in dem Selbsthilfeverein für Scientology-Opfer „Robin direkt“ in der Hansestadt engagiert ist. Doch auch sie wußte sicherlich, daß es für eine solche Einstufung noch nicht genügend Indizien gibt.

Scientologen wollen immer mehr Macht und Geld

Cornelia Yzer sprach jedoch nicht nur, sie nahm sich auch viel Zeit „zum Zuhören und Lernen“. So berichtete **Pfarrer Friedrich von Kymmel** von der Ostseeinsel Usedom, auf der Insel sei Scientology inzwischen ein politischer und wirtschaftlicher Faktor, der immer massiver an Einfluß gewinne. Dies stellten auch Teilnehmer aus den anderen neuen Bundesländern fest. Andere brachten Beispiel dafür, wie Scientologen Betriebe vornehmlich als Makler, Unternehmensberater oder Computerfachleute durchsetzten und darüber hinaus auch Beziehungen zu wichtigen gesellschaftlichen Persönlichkeiten wie Politiker oder Richter herstellen. Alle Aktionen hätten nur ein Ziel: Unter dem „Deckmantel Religion“ an immer mehr Macht und immer mehr Geld zu kommen.

Deprimierende Aussage von **Thomas Gandow**, Sektenbeauftragter der evangelisch-lutherischen Kirche Berlin: „Es geht den Scientologen nicht in erster Linie um das schnelle Geld, sondern um den langfristigen Landgewinn; nicht um die Gewinnung von Massen neuer Mitglieder, sondern um die Rekrutierung einsatzfähiger Kader.“ Der bayerische kirchliche Sektenbeauftragte **Wolfgang Behnk** wertete Scientologen als „indiskutabel und inkompatibel mit einer humanen Gesellschaft“, ein Rechtsanwalt verglich die Sekte in ihrer Überwachungsmethodik mit der Stasi.

Mit 200000 Schweizer Franken verschuldet

Die Mutter eines Betroffenen aus Zürich berichtete, ihr Sohn habe sich durch die Mitgliedschaft in der Scientology-Sekte mit über 200.000 Schweizer Franken verschuldet und wie sehr sich die Psyche ihres Sohnes negativ durch die Manipulationen der Sekte verändert habe. Nicht nur dieser Wortbeitrag, der des öfteren erhoben wurde, brachte JU-Bundesvorstandsmitglied **Uno Schuster** dazu, die Forderung, den Straftatbestand der „Körperverletzung durch psychische Einwirkung“ in das Strafgesetzbuch aufzunehmen, zu erheben. Schuster: „Es kann nicht sein, daß jeder, der ein Heilkundebuch gelesen hat, munter an Menschen herumpfuschen und psychisch zerstören kann!“ Somit müsse es

auch eine Verschärfung der Zulassungsbestimmungen für Heilpraktiker, Psychologen und Psychotherapeuten geben.

Überparteilich gegen Scientologen vorgehen

Einmütig verlangten alle, geschlossen und überparteilich gegen die sogenannte „Scientology-Church“ vorzugehen. Thomas Gandow verlangte die Schaffung eines „Netzwerkes gegen Scientology“, Rechtsanwalt **Ralf Bernd Abel** meinte, „die, die sich wehren, brauchen unsere volle Solidarität.“ Die frühere Chefin der Hamburger JU und jetzige Bundestagsabgeordnete **Susanne Rahardt-Vahldieck** forderte eine staatliche Stelle, die nicht nur aufklären und koordinieren soll, sondern darüber hinaus auch mit Ministerien, Organisationen und Kirchen eng zusammenarbeiten soll.

Scientology-Idee „Anschlag auf freiheitliche Demokratie“

JU-Bundesvorsitzender **Hermann Gröhe** bekräftigte, sich in diesem Punkt auch mit den Jungsozialisten und Jungen Liberalen an einen Tisch setzen zu wollen. Der JU-Chef zollte den anwesenden ehrenamtlichen Vertretern von Selbsthilfegruppen „großen Respekt“ und forderte in diesem Zusammenhang, die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß private Initiativen und Organisationen wie Eltern- und Betroffenenverbände als förderungswürdig anerkannt werden. Weiter meinte er, diese Veranstaltung sei ein Zeichen dafür, daß die Aufklärung von Seiten der JU weitergehe. Es gehe dabei keinesfalls um die Bekämpfung einer Religion, die Ideologie der Scientologen seien „im Gegenteil ein Anschlag auf die freiheitliche Demokratie im Deckmantel der Religion.“

Ein Teilnehmer brachte es zum Ende der Tagung auf den Punkt: „Wir müssen in die Arena und den Stier bei den Hörnern nehmen!“ Hierzu rief auch Susanne Eisenmann von der CDU-Fraktion im baden-württembergischen Landtag auf: „Wir brauchen eine gesamt-gesellschaftliche Ächtung der Scientology-Sekte. Dies ist noch nicht erreicht, der Weg hierzu ist noch weit...“

Ann.: Holger Doetsch ist Bundespressesprecher der Jungen Union Deutschlands ■

Vorläufiges Programm

33. EAK-Bundestagung: 25./26. September 1992

Kongreßzentrum Maxim Gorki, O-4600 Wittenberg, Lutherstr. 41/42

„Als Christen auf dem Weg in das geeinte Europa“

Freitag, 25.9.1992

15.00 Uhr Bundesarbeitskreis (gesonderte Einladung)

19.00 Uhr Begrüßung und Eröffnung durch die/den neue(n) **Bundvorsitzende(n) des EAK der CDU/CSU**

Theologisches Abendgespräch

Stadtkirche St. Marien, Am Markt, Wittenberg
„Als Christen auf dem Weg in das geeinte Europa“

mit: Landesbischof **Dr. Christoph Demke**, Magdeburg
Bischof **Dr. Josef Homeyer**, Hildesheim
Vertreter der Deutschen Bischofskonferenz im Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) (angefragt)

Leitung: **Peter Hintze**, MdB, Generalsekretär der CDU

21.00 Uhr Empfang durch den Landesvorsitzenden der CDU
Ministerpräsident **Prof. Dr. Werner Münch**
Refektorium in der Lutherhalle

Samstag, 26.9.1992

9.00 Uhr Geistliche Morgenbesinnung

9.20 Uhr Grußwort

9.30 Uhr Eröffnung
Bundvorsitzende/r des EAK der CDU/CSU

10.00 Uhr 2 Arbeitskreise

Arbeitskreis 1 (Großer Saal):
Verantwortung für ein wirtschaftlich starkes und soziales Europa

Dr. Wolfgang Böhmer, Finanzminister, Magdeburg
Dr. Ingo Friedrich, MdEP, Gunzenhausen
Marion Fischer, Unternehmerin, Geusa
Dr. Angela Merkel, MdB, Bundesministerin, Bonn
Karl H. Neukamm, Präs. des Diakonischen Werks, Stuttgart

Leitung: **Prof. Dr. Werner Münch**, Ministerpräsident

Arbeitskreis 2: (Kleiner Saal):
Gemeinsame Sicherheit in Europa

Karl Lamers, MdB, Bonn
Dr. Hans Gert Pöttering, MdEP, Bad Iburg
Jörg Schönbohm, Staatssekretär, BMVg, Bonn
Margaretha af Ugglas, Außenministerin, Stockholm (angefragt)

Leitung: **Dr. Christoph Bertram**, Die Zeit, Hamburg

12.00 Uhr Mittagspause (Essen), danach wieder Plenum

12.45 Uhr Bundeskanzler **Dr. Helmut Kohl**

14.00 Uhr 40 Jahre EAK
Staatsminister a.D. **Albrecht Martin**, Bad Kreuznach

15.00 Uhr Schlußwort

Christen sind Mutmacher

Zum größten evangelischen Treffen dieses Jahres in Deutschland versammelten sich am 18. Juni in Stuttgart rund 35.000 Christen zum neuen „Gemeindetag unter dem Wort“. An der zentralen Zusammenkunft der Evangelikalen aus Landes- und Freikirchen beteiligten sich auch Prominente aus Politik und Kirche.

In der Abschlußversammlung des Treffens unter dem Motto „Gottes Wort ist die Wahrheit“

rief u. a. das Mitglied im Rat der EKD, der ZDF-Moderator Peter Hahne, die evangelische Kirche dazu auf, die Bibel in den Mittelpunkt ihres Handelns zu rücken. Aus der „Kirche der vielen Wörter“ müsse wieder die Kirche des einen Wortes Gottes werden. Wer sein Leben an den biblischen Verheißungen ausrichte, werde trotz der Probleme der Welt nicht resignieren: „Die Christen der neunziger Jahre dürfen nicht als Miesmacher und Angstmacher in die Geschichte eingehen, sondern als Freudenboten, Mutmacher und Hoffnungsträger.“



Unter den Zuhörern auf dem Gemeindetag waren (v.l.n.r.) Veleger Friedrich Hänssler (2.v.l.), Staatssekretär Horst Waffenschmidt, Hannelore und Helmut Kohl, der baden-württembergische Ministerpräsident, Erwin Teufel mit seiner Ehefrau Edeltraud, hinter dem Ministerpräsidenten der Geschäftsführer der Konferenz Evangelikaler Publizisten (kep), Wolfgang Baake, rechts neben ihm der Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz, Hartmut Steeb, und rechts am Bildrand der Direktor des Evangeliums-Rundfunks, Horst Marquardt.

Brandenburgs Ministerin will Religionskunde als Ersatz anbieten

Potsdam. Der brandenburgische Modellversuch „Lebensegestaltung/Ethik/Religion“ soll im kommenden Schuljahr notfalls auch ohne Beteiligung der Kirchen beginnen. Das betonte Bildungsministerin Marianne Birthler (Bündnis 90/Grüne) vor Journalisten in Potsdam. In diesem Falle würde der ursprünglich den Kirchen angebotene eigenständige Anteil am Modellversuch durch ein religionskundliches Unterrichtsangebot ersetzt. Der Modellversuch werde an den 44 Schulen des Landes gestartet, an denen ein eindeutiges Votum der Schulkonferenz dafür vorliege.

Christentum und Umweltschutz

Allensbach. Der biblische Grundsatz „Macht Euch die Erde untertan“ stößt auf immer größere Vorbehalte.

Nur 29 Prozent der befragten Katholiken und Protestanten erklärten, so das Allensbacher Institut für Demoskopie, in einer kürzlich veröffentlichten Umfrage zum Thema „Christentum und Umweltschutz“, dieses Bibelwort spiele für sie die „größere Rolle“. Dagegen befürworteten 50 Prozent die Aussage, daß Menschen und die Natur gleichrangige Geschöpfe seien.

Wir wünschen unseren Lesern erholsame Sommerwochen.

Die Redaktion

Einladung zur

Landestagung des EAK der CDU-NRW

am Samstag, 12. September 1992, 10 Uhr
in Bielefeld 11 (-Bethel), Eckertsheim

„Gibt es neue Mauern
zwischen den Menschen in Ost und West?“
u. a. mit Innenminister Heinz Eggert, Dresden

Informationen: Klaus Borchert,
CDU-Landesverband, Wasserstr. 5,
4000 Düsseldorf, Tel.: 0211/13600-0

Der SED-Staat und die Kirchen

Bonn. Über 200 interessierte und aufmerksame Gäste waren der Einladung des Generalsekretärs der CDU und Bundesvorsitzenden des EAK, Peter Hintze, zum 19. Bonner Theologisches Gespräch des EAK gefolgt.

Eindrucksvoll schilderte **Prof. Dr. Gerhard Besier** das Beziehungsgeflecht zwischen Kirche, SED und Staatssicherheit. Schon sehr früh hatte das SED-Regime erkannt, daß es notwendig war, sich mit den Kirchen als einzig verbliebener unabhängiger Großorganisation intensiv

Nicht zuletzt die fortbestehenden Kontakte zu den Partnergemeinden im Westen führten in der Kirche zu ersten kritischen Bewegungen zunächst auf regionaler Ebene.

Das MfS änderte die Zielrichtung seiner Arbeit und begann, ein flächendeckendes Netz von Informanten aufzubauen, das auch die Kirchenleitungen mit einbezog. Dennoch nahmen Anfang der 80er Jahre Aktivitäten zum Themenkreis Frieden und Abrüstung gerade unter dem Dach der Kirche deutlich zu.

Sie wurden zu einer dauernden Belastung für das Staat-Kirche-Verhältnis. Doch mit der Parole



zu befassen. Sowohl auf MfS-Ebene als auch auf Parteiebene wurden entsprechende Einrichtungen geschaffen, die versuchten, massiv Einfluß zu nehmen auf alle kirchlichen Vorgänge.

In der Tat gelang es der SED insbesondere nach dem Mauerbau 1961 den Ablösungsprozeß der DDR-Kirchen von der EKD zu beschleunigen. Der Kirchenbund begriff sich fortan als „Kirche im Sozialismus“. Damit schien der sozialistische Staat seinen Zielen nähergekommen zu sein.

„Schwerter zu Pflugscharen“ hatte unumkehrbar der Prozeß der friedlichen Wende begonnen.

Prof. Besier machte in seinem Vortrag deutlich, daß die evangelische Kirche von der Staatssicherheit als wesentliche oppositionelle Kraft eingeschätzt wurde, die eben darum auch dem Druck der Staatsmacht ausgesetzt war, dem nicht alle kirchlichen Mitarbeiter widerstehen konnten. Aber: „Daß das Wachs von Kerzen floß und nicht Blut von Menschen“, wie Peter Hintze formulierte, „daran tragen beide Kirchen einen entscheidenden Anteil“.

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Peter Hintze, Dr. Werner Dollinger, Dr. Hans Geisler, Dr. Sieghard-Carsten Kampf, Christine Lieberknecht, Dr. Hedda Meseke ● Redaktion: Birgit Heide, Katrin Eberhardt, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis jährlich 16,- DM ● Konto: EAK, Postgiroamt Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 ● Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn ● Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber.

EA

Aus dem Inhalt:

„In Verantwortung für die Menschen die Einheit gestalten – Zur Situation in den neuen Ländern“	1
Herausforderungen für die Sicherheit Europas	4
Die Europäische Union und die Sicherheitsarchitektur in Europa	6
Bedeutung der Religion in unserer Gesellschaft	9
Jugendreligionen im Osten – Ostbefindlichkeit als Ansatzpunkt für Werbung	10
Scientology – Macht, Kommerz und Psychoterror im Namen der Religion	13
Kurznotiert	15
Aus unserer Arbeit	15

Unsere Autoren:

Ministerpräsident
Prof. Dr. Werner Münch
Hegelstr. 42
O- 3010 Magdeburg

Parl. Staatssekretärin
Ingrid Roitzsch, MdB
BMVg
Hardthöhe
5300 Bonn 1

Dr. Hans-Gert Pöttering,
MdEP
Sophienstr. 8
4504 Bad Iburg

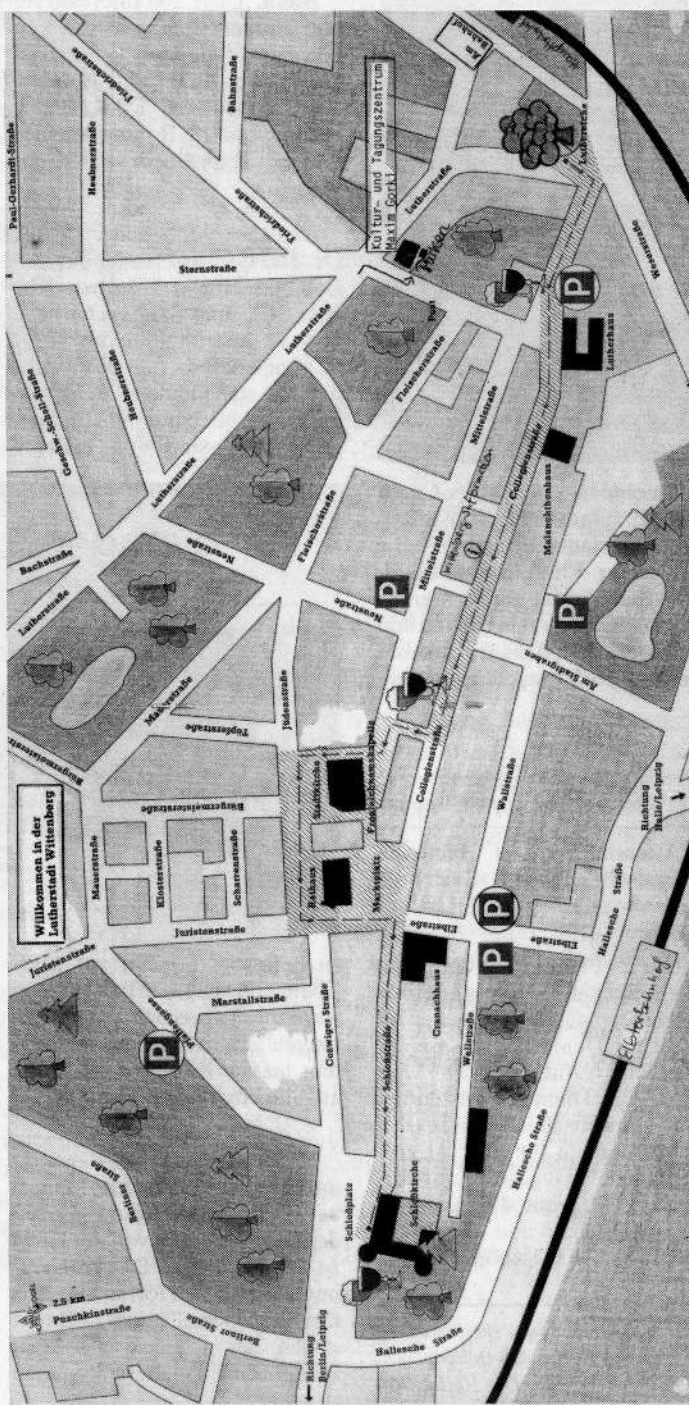
Parl. Staatssekretärin
Cornelia Yzer, MdB
Kennedyallee 105-107
5300 Bonn 2

Pfarrer Thomas Gandow
Heimat 27
1000 Berlin 37

Holger Doetsch
Annaberger Str. 283
5300 Bonn 2

100% Altpapier
chlorfrei hergestellt

So finden Sie uns in Wittenberg



33. Bundestagung, 25./26. September 1992, Lutherstadt Wittenberg

Am Freitag (25.9.) von 9-19 Uhr können die Teilnehmer der Tagung kostenlos das **Lutherhaus** (Collegienstraße 54) besichtigen, in dem sich heute das größte reformationsgeschichtliche Museum der Welt befindet.

Freitag (25.9.), 19-21 Uhr, **Stadtkirche St. Marien** (Kirchplatz): **„Theologisches Abendgespräch“** Anschließend findet ab 21.15 Uhr ein Stehempfang im **Refektorium des Lutherhauses** (Collegienstraße 54) statt.

Samstag (26.9.) von 9-14 Uhr findet das Programm im **Kultur- und Tagungszentrum Maxim Gorki** (Lutherstraße 41/42) statt.

Im Anschluß an die Tagung haben Sie Gelegenheit, an einer Stadtführung teilzunehmen. Treffpunkt: 15 Uhr am Lutherhaus
Achtung: Das Tagungsbüro befindet sich im Kultur- und Tagungszentrum, Eingangsfoyer vor dem Großen Saal. Es ist geöffnet: freitags (25.9.), 13 – 21 Uhr, und samstags (26.9.), 8 – 14 Uhr. Bitte kommen Sie zuerst zur Anmeldung: Ihre Tagungsurkunden liegen dort für Sie bereit.